

Alltag oder Vergangenheit? Einstellungen zur herrschenden politischen Ordnung in den Neuen Bundesländern, Polen, Tschechien und Ungarn

Jörg Jacobs

Das Hauptanliegen dieses Beitrags ist eine Antwort auf die Frage, wodurch Einstellungen der Bevölkerung zur herrschenden politischen Ordnung in den Neuen Bundesländern, Polen, Tschechien und Ungarn bestimmt werden. Beruhen die Einstellungen einer großen Mehrheit der Bevölkerung vorrangig auf verfestigten Überzeugungen, die in der Zeit der sozialistischen Regime gewonnen wurden (Sozialisationshypothese), wird die Konsolidierung von Konkurrenzdemokratie und Marktwirtschaft ein langwieriger Prozess sein und die Demokratien stehen (immer noch) auf tönernen Füßen. Sind politische Einstellungen hingegen stärker von der jeweiligen Lebenssituation (Lebenssituationshypothese) abhängig, kann eine Konsolidierung durch Leistungen der Demokratie selbst erreicht werden. Der Beitrag beruht auf einer Sekundäranalyse des Central European Database for Social Policy. Die Ergebnisse der empirischen Analysen lassen Zweifel daran zu, ob eine Krisenresistenz der Regime in den untersuchten Ländern schon gegeben ist.

1. Fragestellung¹

Der Zusammenbruch der realsozialistischen Regime in Mittel- und Osteuropa war sicherlich eines der einschneidenden Ereignisse der Gegenwart, und mit dem Zerfall der Sowjetunion fand auch der alternative sozialistische Pfad in die Moderne ein abruptes Ende. Für eine kurze Zeit schien der „westliche Weg“ als einzige weitere Entwicklungsmöglichkeit für die Länder des ehemaligen sowjetischen Machtbereichs vorgezeichnet und in diesem Sinne das „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1989) gekommen zu sein. Durch die alltäglichen Verwerfungen beim Aufbau einer neuen sozialen Ordnung, durch das „muddling through“ der neuen Eliten und durch den radikalen Wandel der ökonomischen und politischen Institutionen in Mittel- und Osteuropa ist der Optimismus auf einen linearen Verlauf des Transformationsprozesses aus der Aufbruchzeit heute nicht mehr so eindeutig erkennbar. Es sind Schocks wie die Finanzkrise in Russland, die gewaltsamen Demonstrationen der Bergarbeiter in Rumänien, das Eingreifen der NATO im Kosovo oder die Aushebelung der Kontrollfunktion des Parlaments durch einen Pakt zwischen Opposition und Regierung in Tsche-

¹ Diese Arbeit wurde teilweise durch einen Forschungsaufenthalt am *European Centre for Analysis in the Social Sciences – A Large Scale Facility for European Research and Data Analysis (ECASS)*, *University of Essex*, ermöglicht, der durch das TMR-Programm der Europäischen Union gefördert wurde. Ich bedanke mich bei den zwei anonymen Gutachtern für ihre wertvollen Hinweise.

chien, die einer breiteren Öffentlichkeit die Unabwägbarkeiten des Systemwechsels in Mittel- und Osteuropa bewusst werden lassen. Marktwirtschaft und Demokratie sind eben keineswegs „gottgegebene“, sich evolutionär entwickelnde Ordnungsvorstellungen, sondern müssen sich im Prozess der Transformation bewähren, „weil sich der idealtypisch formulierte Systemwechsel vom Plan zum Markt, von der Diktatur zur Demokratie in den postsozialistischen Gesellschaften als langwieriger, komplexer, äußerst konflikthafter Transformationsprozess mit letztlich offenem Ausgang erweisen sollte“ (Reißig 1998: 302). Trotz der Probleme bei der Implementation der politischen und ökonomischen Institutionen in Mittel- und Osteuropa kann jedoch an der Vorbildfunktion der westeuropäischen Gesellschaften kein Zweifel bestehen. Nicht zuletzt aufgrund der westeuropäischen Einigung und dem Ausbau der Europäischen Union zu einer politischen Gemeinschaft werden Demokratie und Marktwirtschaft von den Eliten in Mittel- und Osteuropa als Ordnungsvorstellungen für ihre transformierten politischen und ökonomischen Systeme genannt.

Mit dem Beginn des politischen und gesellschaftlichen Wandels in den siebziger Jahren in Südeuropa hat sich die Transformationsforschung den neuen Herausforderungen gestellt, die sich aus der dritten Demokratisierungswelle (Huntington 1991: 16) für die Sozialwissenschaften ergaben. Nach dem zweiten Weltkrieg lautete die zentrale Frage in der Demokratisierungsforschung zunächst, unter welchen strukturellen Bedingungen der Aufbau einer stabilen Demokratie überhaupt möglich sein würde. Antworten auf diese Frage versuchte die Forschung vor allem auf der Grundlage von modernisierungstheoretischen Überlegungen auf der makroanalytischen Ebene zu geben, Untersuchungen über den Einfluss der sozioökonomischen Entwicklung eines Landes auf die Demokratisierung standen im Mittelpunkt des Forschungsinteresses (Lipset 1966; vgl. zusammenfassend Coleman 1972), wogegen der Transformationsprozess selbst und dessen Akteure keine besondere Beachtung fanden. Die Problematik des gleichzeitigen Umbaus des wirtschaftlichen Systems, des sozialen Systems und des politischen Systems in Mittel- und Osteuropa liegt aber gerade nicht darin, dass das Niveau der ökonomischen Entwicklung in diesen Ländern zu gering war, sondern darin, dass die gravierenden negativen Folgen der ökonomischen Transformation für die Bevölkerung sowie der Abbau von sozialen Errungenschaften des Sozialismus unter konkurrenzdemokratischen Bedingungen von den Eliten politisch umgesetzt und legitimiert werden müssen. „Massenarbeitslosigkeit, Hyperinflation, Verringerung des Lebensstandards, Verarmung und zunehmende Ungleichheit – das alles, was Tiryakian (1993: 17) ‚social traumas‘ der Transformation nennt, bedarf der politischen Unterstützung der Bevölkerung“ (Spéder u.a. 1997: 337).

Da die „Honeymoon-Phase“ zwischen den Transformationseliten und der Bevölkerung längst vorbei ist², beginnt die Bewährungsprobe der neuen politischen Systeme in Mittel- und Osteuropa eigentlich erst heute, wo die Euphorie der ersten Stunde der Katerstimmung des Transformationsalltags gewichen ist. Es gilt zu fragen, welches politische System die Menschen in Mittel- und Osteuropa eigentlich bevorzugen, nachdem sie Erfahrungen mit zwei gegensätzlichen Systemen sammeln konnten, und wodurch eine Unterstützung für die herrschende politische Ordnung bestimmt wird.

2 Vgl. dazu den Beitrag von Amanda Rose (1997, 1999) über die Honeymoon-Phase in Polen.

2. Die Bevölkerung als Handlungskontext der Eliten

In Zeiten eines radikalen sozialen Wandels, in denen sich institutionelle Strukturen verändern, kann der Legitimitätsglaube einer Staatsbürgerkultur zur Konsolidierung³ einer neuen institutionellen Ordnung beitragen, auch wenn die Leistungen des Systems noch unzureichend sind. Die stabilisierende Funktion einer Staatsbürgerkultur besteht einmal in einer Unterstützung der politischen Ordnung in Krisenzeiten und bei äußeren Bedrohungen sowie auch in der politischen Mäßigung von Eliten. Empirisch zeigt Lipset (1966, Kap. 3), dass die Legitimität eines politischen Systems über den Zusammenbruch oder das Überleben von politischen Regimen in Krisenzeiten mitentscheidet, theoretisch ist dieses Argument aber bereits seit mindestens 500 Jahren bekannt. Machiavelli empfahl dem „Prinzen“, die Bevölkerung auf seine Seite zu bringen, weil keine Hilfe von der Bevölkerung bei einer Bedrohung zu erwarten sei, träfe das Gegenteil zu. Diese alte Einsicht scheint in der gegenwärtigen Diskussion um die Transformation in Mittel- und Osteuropa etwas in den Hintergrund geraten zu sein, vor allem wenn die Implementation von Institutionen und Eliten als handelnde Akteure in den Blickpunkt gerückt werden.

Aufgrund der Gleichzeitigkeit des ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Umbruchs kann die Erforschung des erreichten Grades der Unterstützung der Transformation oder die Beantwortung der Frage „welche Demokratie wollen die Mittel- und Osteuropäer“⁴ nur unter der Berücksichtigung der Effekte des ökonomischen und gesellschaftlichen Wandels auf die politischen Einstellungen der Bevölkerung gelingen. Wirtschaftliche und soziale Kosten der Transformation, metaphorisch als „Tal der Tränen“ umschrieben, können nicht nur zu Zweifeln an der Leistungsfähigkeit eines demokratischen politischen Regimes führen. Bei einer anhaltenden ökonomischen Krise und fehlender Legitimation

3 Unter Konsolidierung verstehe ich einen Grad an Stabilität des politischen Systems, der den Zusammenbruch der Demokratie unwahrscheinlich werden lässt und „Widerstandsreserven gegen exogene Destabilisierungsschocks, wie sie durch dramatische ökonomische oder außenpolitische Krisen entstehen können“ maximiert (Merkel 1999: 146). Für die *langfristige* Überlebensfähigkeit kommt der Konsolidierung einer „Staatsbürgerkultur als soziokulturellem Unterbau der Demokratie“ (Merkel 1999: 146) ein erhebliches Gewicht zu, falls die Kongruenz zwischen politischer Struktur und politischer Kultur als relevant für den Fortbestand eines politischen Systems angesehen wird. Bei der Umschreibung von Bedingungen, die erfüllt sein müssen, um von Konsolidierung zu sprechen, folge ich Linz und Stepan. Sie betrachten den Prozess der Konsolidierung dann als abgeschlossen, wenn folgende drei Bedingungen erfüllt worden sind:

1. Auf der Ebene des Verhaltens darf kein bedeutender nationaler, sozialer, ökonomischer, politischer oder institutioneller Akteur wichtige Ressourcen darauf verwenden, Ziele mittels eines nicht-demokratischen Regimes zu erreichen (behaviorally).

2. Es dürfen keine wichtigen Machtressourcen existieren, die verhindern, dass die zentralen staatlichen Politiken durch die vom neuen demokratischen Prozess sanktionierten Gesetze, Verfahren und Institutionen bestimmt werden (constitutionally).

3. Auf der Ebene der *subjektiven* Einstellungen muss eine starke Mehrheit zum Ausdruck bringen, dass demokratische Institutionen und Verfahren am besten geeignet sind, das kollektive Leben in der Gesellschaft wie der ihrigen zu regieren, und dass die Unterstützung für Antisystem-Alternativen relativ gering oder isoliert von prodemokratischen Kräften ist (attitudinally) (Linz/Stepan 1996a: 15, 1996b: 6).

4 Diese Formulierung lehnt sich an einen Beitrag von Fuchs (1997) über die Neuen Bundesländer an.

könnte auch die Angemessenheit des „neuen“ demokratischen politischen Systems überhaupt in Frage gestellt werden und der Systemwechsel insgesamt scheitern. Balcerowicz (1995) kann daher nur bedingt zugestimmt werden, wenn dieser die Gleichzeitigkeit keineswegs als ein Dilemma betrachtet. Für ihn kann eine Konkurrenzdemokratie schnell implementiert werden, die Marktwirtschaft werde langsamer folgen, „mass democracy first, and market capitalism later“ (Balcerowicz 1995: 146). Diese Aussage offenbart ein institutionelles und formelles Verständnis des Begriffes Demokratie. Dagegen bleibt unberücksichtigt, dass mit der Organisation von Wahlen allein noch keine Konkurrenzdemokratie in der Gesellschaft verankert ist. Vielmehr müssen Wahlen als sinnvolle Einrichtungen zur Auswahl der Regierung von allen relevanten Akteuren, das heißt von den Eliten und der Bevölkerung anerkannt werden, weshalb eine Verankerung von demokratischen Institutionen in der politischen Kultur der Bevölkerung allgemein ein wesentliches Kriterium für die Konsolidierung der Demokratie ist (vgl. Diamond 1999: 64–70). In Anlehnung an die Ergebnisse der politischen Kulturforschung geht Merkel (1999: 146, 164–169, 1996) davon aus, dass der Aufbau einer Staatsbürgerkultur Jahrzehnte dauern (vgl. dazu auch Almond/Verba 1963, 1980) und erst durch einen Generationenwechsel abgeschlossen werden kann, ohne diese These jedoch empirisch zu untermauern.

3. Der Aufbau von Legitimation durch politische Unterstützung

Es trifft sicherlich zu, dass der Demokratie als Herrschaftsprinzip von der Bevölkerung in Mittel- und Osteuropa sehr viel Vertrauen entgegengebracht wurde und immer noch viel Kredit gewährt wird. Ist es aber überhaupt zulässig anzunehmen, die Beurteilung der Demokratie beruhe auf verinnerlichten Überzeugungen, wie dies bei einer Staatsbürgerkultur vermutet wird? Erfolgt die Beurteilung der herrschenden politischen Ordnung nicht eher nach kurzfristigen, alltäglichen Erfahrungen? Die Überlegungen von Easton (1975, 1979) bieten einen theoretischen Rahmen für die empirische Untersuchung dieser Fragen. Easton definiert drei Objektebenen (politische Gemeinschaft, politisches Regime, amtierende Herrschaftsträger) und zwei Arten der politischen Unterstützung (spezifisch und diffus). Für Untersuchungen von Systemwechseln ist „die Idee von besonderer Bedeutung, dass es eine Hierarchie der Unterstützung in bezug auf die Stabilität eines politischen Systems gibt“ (Plasser u.a. 1997: 50). Besteht in weiten Teilen der Bevölkerung lediglich eine spezifische Unterstützung der amtierenden Herrschaftsträger, wird das politische System nur anhand seiner Leistungen beurteilt. Dies ist für den langfristigen Bestand einer Demokratie nach Easton weniger relevant als eine breite Zustimmung zur politischen Gemeinschaft (Kollektiv der Mitglieder eines politischen Systems) und zum politischen Regime (grundlegende Werte und Normen sowie die Institutionenstruktur) (vgl. Fuchs 1987: 359; Westle 1989). Eine tief verankerte Unterstützung des politischen Systems und seiner Elemente um seiner selbst willen wird als diffuse Unterstützung bezeichnet. „Das Objekt wird also nicht unterstützt, weil es bestimmte Leistungen erbringt, die für die Unterstützenden von Nutzen sind, sondern ‚um seiner selbst willen‘ (Easton 1975: 445)“ (Fuchs 1987: 358). Erst wenn eine möglichst breite und diffuse Unterstützung von Seiten der Bevölkerung für das politische System vorhanden ist, spricht Easton von Legitimität.

Für das Verständnis der Konsolidierungsprozesse in Mittel- und Osteuropa ist auf der Grundlage der Systemtheorie von Easton besonders zu untersuchen, welchen Grad der Unterstützung die politischen Systeme in den Transformationsländern erfahren und welche Bevölkerungsgruppen die neue politische Ordnung besonders unterstützen beziehungsweise ablehnen. Empirisch begründete Aussagen über die Unterstützung der Demokratie durch die Bevölkerung können durch die Messung und Analyse von Einstellungen gewonnen werden. In Anlehnung an Easton wird politische Unterstützung hier als eine Einstellung verstanden, mit deren Hilfe sich der Einzelne gegenüber dem politischen System orientiert (1975: 436). Eine aktuelle Diskussion über die politische Kultur in den Neuen Bundesländern aufgreifend, wird analysiert, inwieweit sich die Lebenssituationshypothese (Pollack 1996, 1997; Pollack/Pickel 1998; Weil 1993) und die Sozialisationshypothese (Fuchs 1996, 1997, 1998; Westle 1994; vgl. auch Arzheimer/Klein 1997) von den Neuen Bundesländern auf andere Staaten des ehemaligen sowjetischen Einflussbereichs übertragen lassen.

Trifft erstere Hypothese zu, wird das politische Regime nur anhand der individuellen Lebenssituation und der Erfahrungen (individuell wie kollektiv) mit dem Transformationsprozess beurteilt. Die Sozialisation in einem sozialistischen Gesellschaftssystem ist dann weitgehend bedeutungslos, weil sich die Menschen schon vor 1989 an den erfolgreichen (gemessen am Wohlstand und der Garantie von individueller Freiheit) westlichen Gesellschaftssystemen orientierten (Weil 1993, 1999) oder sich zumindest „der offizielle Staatskultur mit seinen demonstrativen Inszenierungen und die gelebte politische Kultur, die mehr durch Skepsis, Abwehr und Rückzug geprägt war, scharf gegenüber“ standen (Pollack 1998: 308). In diesem Fall könnten die politischen Eliten während der Transformation der politischen Ordnung grundsätzlich mit der Sympathie der Bevölkerung rechnen und durch positive ökonomische Effekte kurzfristig die Unterstützung breiter Bevölkerungsschichten für das politische System gewinnen. Auf längere Sicht würde dann aus dieser Unterstützung eine Legitimation des gesamten politischen Systems durch die Bevölkerung erwachsen. Aus der Lebenssituationshypothese folgt aber auch, dass skeptische Einstellungen in der Bevölkerung eher ein Ergebnis der Transformationsrealität und kein sozialistisches Erbe wären (Fuchs 1998: 17). Die politische Kultur selbst stellt in jenem Fall keinen Hinderungsgrund für eine Konsolidierung der Demokratien in Mittel- und Osteuropa dar.

Trifft die naive Sozialisationshypothese dagegen zu, wird das herrschende politische Regime ausschließlich nach Wertmaßstäben beurteilt, die über die Sozialisation im Sozialismus erworben wurden. Ein langwieriger Prozess der demokratischen Konsolidierung wäre die Folge, in dem sich erst eine politische Kultur entwickeln muss, die mit den institutionellen Strukturen der liberalen Demokratie kongruent ist. Der Erfolg dieses Prozesses ist keineswegs garantiert und kann nicht oder nur eingeschränkt über kurzfristige ökonomische Prosperität erreicht werden, weil wirtschaftlicher Erfolg nicht der Maßstab für Einstellungen zur politischen Ordnung ist. Aus der Sozialisationshypothese müsste vor allem die Erwartung der Bevölkerung an eine dominante Rolle des Staates in allen Bereichen des ökonomischen und sozialen Lebens resultieren. Es wäre in Mittel- und Osteuropa mit einer Ausgestaltung des politischen Systems zu rechnen, die sich eher an realsozialistischen Idealen (zum Beispiel soziale Gerechtigkeit und Ergebnisgleichheit) orientiert: Die Übernahme von individueller Verantwortung würde hinter eine kollektive Interessenvertretung durch den Staat zurücktreten, und es wäre eine Betonung von sozialen Werten als generellen Staatszielen zu

erwarten. Ein Beispiel für die Gültigkeit der Sozialisationshypothese könnte das nach 1990 in der ungarischen Verfassung verankerte Recht auf Arbeit sein.

Im empirischen Teil dieser Arbeit werden, nach einer kurzen Beschreibung der Daten, die Einstellungen der Bevölkerung in den Neuen Bundesländern, Polen, Tschechien und Ungarn zur herrschenden politischen Ordnung dargestellt. In einem ersten Analyseschritt werden diese Einstellungen mit Indikatoren zur Messung der Lebenssituationshypothese in Beziehung gesetzt, um diese Beziehungen dann anschließend in einem multivariaten Modell zu testen.

4. Beschreibung des Datensatzes

Die aufgeworfenen theoretischen Fragen werden mit Umfragedaten empirisch untersucht, die vom Wiener *Institut für die Wissenschaft vom Menschen* unter dem Dach des Langzeitprojekts *Social Costs of Economic Transformation in Central Europe* in Tschechien, Polen, Ungarn und den Neuen Bundesländern erhoben wurden. Aus dieser Befragung ging der *Central European Database of Social Policy*⁵ hervor, der im Folgenden als SOCO-Datensatz bezeichnet und hier sekundäranalytisch ausgewertet wird. Diese Studie wurde als Datenbasis ausgewählt, weil sie unter anderem die Zielsetzung hatte, Informationen über die sozio-ökonomische Situation in Mittel- und Osteuropa zu gewinnen. Die Bearbeiter formulierten explizit das Ziel, „to identify more accurately who are the winners and losers of the transformation, and to offer thereby a firmer basis for the creation of effective public policies“ (Ipsos o.J.). Außerdem wurde die Auswahl durch die mangelnde Zugänglichkeit von geeigneten alternativen Daten für die Sekundäranalyse diktiert und dadurch bestimmt, dass die Neuen Bundesländer in verfügbaren Studien nicht aufgenommen wurden (z.B. fehlen die Neuen Bundesländer in den Ost-Eurobarometern und Neue-Demokratien-Barometern).⁶

Die Fragebögen der SOCO-Studie wurden in die jeweilige Landessprache übersetzt und durch ein *check-recheck* Verfahren auf inhaltliche Entsprechungen überprüft. Es wurde eine *face-to-face*-Befragung nach dem *Random-Route*-Verfahren durchgeführt, deren Feldarbeit in den Monaten Januar bis März 1995 von professionellen Instituten vor Ort geleistet wurde.

5 „The *Central European Database for Social Policy* project was coordinated by the Institute for Human Sciences, Vienna, and sponsored by the Austrian National Chancellery, the Ford Foundation, the State of Saxony and the Austrian National Bank.“ Dieser Datensatz kann über das Datenarchiv TARKI, Ungarn, bezogen werden. An dieser Stelle sei darauf verwiesen, dass weder das Datenarchiv noch die Primärforscher für die hier vorgestellten Ergebnisse verantwortlich sind. Die Verantwortung für die Datenanalyse und Interpretation der Ergebnisse liegt allein beim Autor.

6 Übersichten über verfügbare vergleichende Datensätze bieten Spéder u.a. 1997: 344–345 sowie Plasser u.a. 1997: 92–93).

5. Einstellungen in der Bevölkerung gegenüber dem Regime

In der SOCO-Studie wurden die Befragten gebeten, ihre Einschätzung des heutigen Regimes⁷ auf einer 5-stufigen Antwortskala abzugeben. Die deutschen, tschechischen und polnischen Befragten beurteilen im Vergleich zu den Befragten aus Ungarn das heutige politische Regime deutlich besser als das sozialistische Regime. In Tschechien und in den Neuen Bundesländern sagt jeweils eine absolute Mehrheit der Befragten, es gebe eine Verbesserung gegenüber der politischen Ordnung vor 1989 (Tschechien 57,7, Neue Bundesländer 56,6 Prozent; siehe Tabelle 1), die Ansichten der polnischen Befragten sind geteilt. Das heutige Regime sei besser, geben 43,9 Prozent der polnischen Befragten an, 39 Prozent meinen dagegen, es sei schlechter. In Ungarn beurteilen 51 Prozent der Befragten das heutige Regime schlechter als das sozialistische Regime, und nur etwa 25 Prozent sehen eine Verbesserung.⁸

Tabelle 1: Beurteilung der herrschenden politischen Ordnung in Prozent

	Tschechien	Polen	Ungarn	Neue Bundesländer
Viel schlechter	9,4	18,4	25,8	6,3
Etwas schlechter	14,0	20,6	25,2	12,7
Gleich	18,9	17,1	22,6	25,7
Etwas besser	34,3	32,8	21,2	40,4
Viel besser	23,4	11,1	5,2	14,9
N	979	1011	939	1038

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis des SOCO-Datensatzes.

⁷ Der Indikator Regime wird hier synonym für die herrschende politische Ordnung verwendet. Damit ist der Begriff nicht deckungsgleich mit dem Regimebegriff, wie Easton ihn theoretisch formuliert hat. Vielmehr kann dieser Indikator in einem Zwischenbereich, zwischen einer spezifischen, ergebnisorientierten und einer allgemeinen Systembewertung angesehen werden. Es ist allerdings einzugestehen, dass die Operationalisierung der Systembewertung anhand eines Indikators suboptimal ist. Leider ist das methodische Problem bei der Operationalisierung bisher nicht gelöst worden (vgl. Plasser u.a. 1997: 107; Westle 1989: 165–166). Der Wortlaut dieses und aller anderen verwendeten Indikatoren ist in Anhang A dokumentiert.

⁸ Die Unterschiede zwischen Polen, Tschechien und Ungarn finden sich grundsätzlich auch in anderen Studien (vgl. Rose/Haerpfer 1992 1995; Rose u.a. 1998: 91–120; Plasser u.a. 1997: 118 (Tabelle 7), 154 (Tabelle 22)). Allerdings weisen die genannten Autoren höhere Akzeptanzwerte für die „neuen“ Regime aus (z.B. Rose u.a. 1998: 106 (Tabelle 5.3)). In diesen Studien wird die Beurteilung des kommunistischen Regimes und des gegenwärtigen Regimes in zwei getrennten Indikatoren erfasst („Thermometer Skalen“ von –100 bis +100 in den Neudemokratien-Barometer). Bildet man aus diesen beiden Indikatoren durch Subtraktion jedoch eine Skala und vergleicht die Bewertung von Systemalternativen auf der *individuellen* Ebene (in den Neuen Bundesländern nicht erhoben), beurteilen 1995 47,5 Prozent der befragten Polen, 47,1 Prozent der befragten Tschechen und nur 9,7 Prozent der befragten Ungarn das heutige Regime besser als das kommunistische Regime. Klare Unterschiede zu den SOCO-Daten gibt es bei der Einschätzung des kommunistischen Regimes, das nur von 4,3 Prozent (Polen), 5,9 Prozent (Tschechien) und 19,6 Prozent (Ungarn) der Befragten für besser erachtet wird. Etwa 70 Prozent der Ungarn sowie fast 50 Prozent der Tschechen und Polen sehen dagegen keinen Unterschied zwischen dem kommunistischen Regime und dem „neuen“ Regime. Dieser Unterschied zwischen den verschiedenen Studien ist vermutlich einmal durch die Art der

Das Antwortverhalten der polnischen Befragten spiegelt, genau wie das der tschechischen und ungarischen Befragten, die Erwartungen wider, die aus verschiedenen Berichten der Medien gewonnen werden konnten. In Polen standen (und stehen) sich die politischen Eliten im Solidarność-Lager und im Lager der Postkommunisten in etwa gleicher Stärke gegenüber, in Tschechien schienen 1995 die Reformen von Vaclav Klaus noch weitgehend ohne Widerspruch zu sein (und eine Transformation mit relativ geringen sozialen Kosten konnte als Erfolg gelten), und in Ungarn gelang es bis heute keiner Regierung oder Partei, die Mehrheit der Bevölkerung auf längere Sicht von ihrer Leistungsfähigkeit zu überzeugen. Im Gegensatz zur vielfachen Berichterstattung über den „Jammer-Ossi“ in den deutschen Medien, beurteilen in den Neuen Bundesländern jedoch nur knapp 19 Prozent der Befragten das frühere politische Regime besser als das heutige Regime. Allerdings ist auch der Anteil derjenigen, die keinen Unterschied zwischen der heutigen und der vor 1989 herrschenden politischen Ordnung erkennen können, in den Neuen Bundesländern mit einem Viertel der Befragten am höchsten. Möglicherweise drückt sich darin eine gewisse Unzufriedenheit mit der Situation der Ostdeutschen in Deutschland aus, die bereits in der Form der Implementierung der westdeutschen Ordnung in den Neuen Bundesländern ohne eine direkte Beteiligung der Bevölkerung angelegt war.⁹ Eine Antwort auf diese Frage muss jedoch an anderer Stelle erfolgen. Für unsere Fragestellung ist hervorzuheben, dass die Beurteilung der herrschenden politischen Ordnung in den Ländern am besten ist, in denen die sozialen Kosten der Transformation relativ niedrig waren (Tschechien) oder durch den Wohlfahrtsstaat gut abgefedert werden konnten (Neue Bundesländer). Somit wurde in dem Land mit der bis 1995 positivsten ökonomischen Entwicklung und dem Land mit dem höchsten ökonomischen Entwicklungsstand die herrschende politische Ordnung im Vergleich sehr positiv beurteilt.

6. Der Zusammenhang zwischen der Lebenssituation und den Einstellungen zum Regime

Nach der Lebenssituationshypothese ist zu vermuten, dass negative Erfahrungen mit der Marktwirtschaft auch ein negatives Urteil über das neue politische System mit sich bringen. Die positive Beurteilung des heutigen Regimes in der Tschechischen Republik und in den Neuen Bundesländern könnte als Indikator für die Gültigkeit dieser These dienen. Ein weiteres Indiz für die Haltbarkeit der Lebenssituationshypothese ist die Entwicklung der Zustimmung zur herrschenden politischen Ordnung in Polen. Mit dem negativen oder positiven Verlauf der wirtschaftlichen Reformen schwankt in Polen auch der Grad der Zustimmung zur herrschenden politischen Ordnung (vgl. Pickel 1997: 121–124; Plasser u.a. 1997: 110–112, 214). Die These von der ökonomischen Absicherung einer demokratischen Entwicklung drängt sich dadurch geradezu auf (vgl. zusammenfassend Diamond 1992). An anderer Stelle wurde aber bereits darauf hingewiesen, dass die Bevölkerung ihre jeweilige Re-

Indikatoren (Einzelindikator versus zwei Rating-Indikatoren), ferner aber auch durch einen Bias in der Frageformulierung des Neue-Demokratien-Barometer („former communist regime“ versus „current system of governing with free elections and many parties“ (Rose u.a. 1998: 104)) begründet.

⁹ Vgl. dazu die Diskussion um die Vereinigung Deutschlands nach § 23 oder § 146 des Grundgesetzes der Bundesrepublik.

gierung weniger nach der Perzeption der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, sondern eher nach der Perzeption der allgemeinen politischen Lage beurteilt (Mishler/Rose 1993: 27; Evans/Whitefield 1995; Jacobs 1997). Linz/Stepan sprechen den Bürgern ebenfalls die Fähigkeit zu, zwischen „economic goods“ und „political goods“ unterscheiden zu können (1996b: 442). Diese Befunde erlauben jedoch noch keine Schlussfolgerung über die Beziehung zwischen der Perzeption der individuellen wirtschaftlichen Lage und politischen Einstellungen. Der Zusammenhang zwischen den Einstellungen zur herrschenden politischen Ordnung und der individuellen Lebenssituation wird hier als Einschätzung der individuellen Lebenssituation operationalisiert.¹⁰ In der SOCO-Studie wurde danach gefragt, ob die Befragten ihren Haushalt für arm halten (Tabelle 2a) und ob es im letzten Jahr finanzielle Engpässe gegeben habe (Tabelle 2b); ferner wurde nach der Zufriedenheit mit dem Leben allgemein (Tabelle 2c) gefragt, wie die Befragten die Veränderung des sozialen Status ihrer Familie beurteilen (Tabelle 2d) und wie die Zufriedenheit mit der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung eingeschätzt wird.

Tabelle 2a: Einschätzung, ob der Haushalt unter Armut leidet in Prozent

	Tschechien	Polen	Ungarn	Neue Bundesländer
Keine Armut	46,1	26,3	24,2	66,0
Etwas Armut	45,3	55,5	58,4	29,6
Große Armut	8,6	18,2	17,4	4,4
N	969	1012	990	1001

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis des SOCO-Datensatzes.

Tabelle 2b: Keine finanziellen Engpässe im abgelaufenen Jahr in Prozent

	Tschechien	Polen	Ungarn	Neue Bundesländer
Große Engpässe	22,5	50,0	47,4	20,6
Teilweise Engpässe	30,1	27,4	32,9	30,1
Keine Engpässe	47,4	22,5	18,7	49,3
N	990	1011	998	1021

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis des SOCO-Datensatzes.

¹⁰ Situative Faktoren werden als Perceptionen der Situation operationalisiert und nicht als objektive Bedingungen, wie dies etwa Zelle (1998: 28–30, 1999: 4–7) für Deutschland vorschlägt. Für eine Operationalisierung als „subjektive“ Situation spricht einerseits die unzureichend valide Erfassung von objektiven Indikatoren in den Transformationsländern. So ist die Erfassung von Bildungskategorien, einer Klassenvariablen oder auch von Arbeitslosigkeit in einigen Transformationsländern immer noch unzureichend gelöst. Andererseits sind die objektiven Lebensbedingungen indirekt über die Perzeption der Situation erfasst. Zum Beispiel steht die Arbeitslosigkeit in einem negativen Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Lebenssituation (Zelle 1998: 29–30). In den multivariaten Analysen werden verschiedene sozialstrukturelle Merkmale als Kontrollvariablen berücksichtigt (Tabelle 4).

Spiegelbildlich zur Beurteilung des Regimes hält sich in Tschechien und den Neuen Bundesländern nur eine relativ kleine Gruppe der Befragten für arm (Tschechien 8,6 Prozent, Neue Bundesländer 4,4 Prozent), und in Polen und Ungarn stuft sich fast jeder Fünfte als arm ein. Ebenso sagt in diesen beiden Ländern fast die Hälfte der Befragten, dass sie ihre alltäglichen Bedürfnisse im abgelaufenen Jahr nicht befriedigen konnten. In den Neuen Bundesländern und Tschechien sind das nur jeweils ein Fünftel der Befragten. Ein ähnliches Bild von der schlechten Bewertung der individuellen ökonomischen Situation zeigt sich in Ungarn und Polen auch, wenn die Lebenszufriedenheit als Indikator betrachtet wird. Etwa 20 Prozent der Befragten in Ungarn und Polen sind überhaupt nicht mit ihrer Lebenssituation zufrieden, in Tschechien und den Neuen Bundesländern sind es jeweils nur etwa sieben Prozent.

Tabelle 2c: Zufriedenheit mit dem Leben allgemein in Prozent

	Tschechien	Polen	Ungarn	Neue Bundesländer
Überhaupt nicht zufrieden	7,3	16,9	19,4	6,8
Etwas zufrieden	66,9	69,0	69,2	66,2
Sehr zufrieden	25,8	14,2	11,3	26,9
N	986	1033	998	1110

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis des SOCO-Datensatzes.

Tabelle 2d weist die Anteile der Gewinner und Verlierer der Transformation gruppiert aus. Aus den Daten ist zu ersehen, dass sich in Ungarn eine deutliche Mehrheit (58,8 Prozent) der Befragten und in Polen eine relative Mehrheit der Befragten (48,3 Prozent) zu den Verlierern der Transformation zählt sowie einen Abstieg ihres sozialen Status wahrnimmt.

Tabelle 2d: Veränderung des sozialen Status gegenüber den achtziger Jahren: Gewinner und Verlierer der Transformation in Prozent

	Tschechien	Polen	Ungarn	Neue Bundesländer
Verlierer	31,0	48,3	58,8	27,8
Kein Unterschied	41,1	32,1	28,9	36,7
Gewinner	27,9	19,6	12,3	35,6
N	1000	1039	1000	1116

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis des SOCO-Datensatzes.

Der höchste Anteil an Gewinnern findet sich in den Neuen Bundesländern. Während 36,7 Prozent der Befragten keine Veränderung ihres sozialen Status ausmachen können, sehen immerhin 35,6 Prozent eine Verbesserung ihres sozialen Status. Dennoch sieht sich in allen vier Ländern nur eine Minderheit als Gewinner des Transformationsprozesses, und in drei von vier Ländern übersteigt der Anteil der Verlierer den Anteil der Gewinner. Nur in den Neuen Bundesländern übersteigt der Anteil der Gewinner unter den Befragten den Anteil der Verlierer (+7,8 Prozentpunkte). Während in Tschechien der Anteil der Transformationsverlierer den Anteil der Gewinner etwas übersteigt (-3,1 Prozentpunkte), ist in Polen (-28,7 Prozentpunkte) und Ungarn (-46,5 Prozentpunkte) die Gruppe der Transformationsverlierer unter den Befragten deutlich höher.

In den untersuchten Ländern Mittel- und Osteuropas wird ein Zusammenhang zwischen der primär staatlichen Aufgabe der Herstellung von Sicherheit und Ordnung und der Einstellung zur herrschenden politischen Ordnung hergestellt. Je stärker jemand glaubt, die öffentliche Sicherheit sei gewährleistet, desto besser wird auch die herrschende politische Ordnung beurteilt. Eine deutliche Mehrheit der Befragten hält die öffentliche Sicherheit für nicht gewährleistet, wobei es keine relevanten Unterschiede zwischen den untersuchten Ländern gibt (ohne Tabelle). Lediglich zwischen 8 (Tschechien) und 14,5 (Neue Bundesländer) Prozent der Befragten sehen die öffentliche Sicherheit und Ordnung voll gewährleistet. Gerade das Fehlen einer Existenzgarantie durch öffentliche Sicherheit und Ordnung beinhaltet die Gefahr, dass es extremistische Kräfte verstehen, der Bevölkerung einfache, undemokratische Lösungen für komplexe – scheinbare oder reale – gesellschaftliche Probleme zu offerieren und dadurch eine Konsolidierung der Demokratie zu gefährden.

Aus diesen kurzen Deskriptionen kann der analoge Schluss abgeleitet werden, dass in den beiden Ländern, in denen die Lebenssituation als schlechter wahrgenommen wird, auch negativere Einstellungen gegenüber dem Regime vorherrschen und umgekehrt. Gestützt wird der analoge Schluss, wenn der bivariate Zusammenhang zwischen den Einstellungen zur herrschenden politischen Ordnung und der individuellen Lebenssituation als Maßstab herangezogen wird (Tabelle 3). Zunächst lässt sich anhand der Signifikanzniveaus sagen, dass die Zusammenhänge in allen vier Ländern nicht zufällig, sondern mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 99 Prozent systematisch sind.

Tabelle 3: Zusammenhang der Beurteilung des Regimes mit der Lebenssituation (Pearson's r)

	Tschechien	Polen	Ungarn	Neue Bundesländer
Armut	-.39	-.35	-.22	-.34
Keine finanziellen Engpässe	.40	.31	.27	.35
Zufrieden mit dem Leben	.43	.30	.23	.41
Gewinner	.39	.39	.30	.44
Sicherheit und Ordnung	.30	.18	.16	.35

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis des SOCO-Datensatzes; alle Werte signifikant mit $p < 0,001$.

Anhand der Vorzeichen wird deutlich, dass es zwischen der individuellen Lebenssituation und den Einstellungen zur herrschenden politischen Ordnung die vermutete Beziehung gibt. Befragte, die mit ihrem Leben zufriedener sind, beurteilen das Regime positiver als solche Befragte, die mit ihrem Leben unzufriedener sind. Wird der eigene Haushalt für arm gehalten, oder gab es im abgelaufenen Jahr finanzielle Engpässe, wird das Regime negativer beurteilt, als wenn der Haushalt nicht für arm gehalten wird. Gewinner und Befragte, deren Bedürfnis nach Sicherheit und Ordnung befriedigt wurde, stehen dem Regime positiver gegenüber als Verlierer und Befragte, die sich unsicher fühlen. Die aufgezeigten Zusammenhänge sind nicht nur statistisch signifikant, sondern in ihrer Höhe auch praktisch relevant. Die empirischen Befunde aus Tabelle 3 lassen die Folgerung zu, dass die individuelle Lebenssituation auf die Einstellungen zum Regime bestimmend wirkt und es somit einen Hinweis auf die Gültigkeit der Lebenssituationshypothese gibt. Diese Befunde sprechen jedoch noch nicht gegen die Sozialisationshypothese. Durch das Phänomen der Multikollinearität ist die reale Welt deutlich komplexer, als es bivariate Zusammenhänge aufzeigen können,

zumal in den präsentierten Analysen Indikatoren für die Sozialisationshypothese noch nicht berücksichtigt wurden.

7. *Regression von Einstellungen zur herrschenden politischen Ordnung*

7.1 Gemeinsame Strukturen – unterschiedliche Gewichtungen

Ein geeignetes Verfahren, die relative Bedeutung einzelner Einflussfaktoren in einer multi-kollinearen Welt zu schätzen, ist die multiple Regressionsanalyse. Sie erlaubt es zu überprüfen, ob es sich bei den bivariaten Zusammenhängen zwischen den Indikatoren der Lebenssituationshypothese und den Einstellungen zum Regime um Scheinkorrelationen handelt, die ursächlich auf dritte Variablen zurückgeführt werden müssen. In die Analyse gehen neben den Indikatoren der Lebenssituationshypothese sozialstrukturelle Kontrollvariablen (Alter, Geschlecht, Berufsstatus, Ortsgröße, Familienstand) und Indikatoren zur Messung der Sozialisationshypothese ein. Operationalisiert wird die Sozialisationshypothese durch zentrale Einstellungen, die in Anlehnung an Converse (1964) als besonders stabile Einstellungen verstanden werden, von denen sich andere Einstellungen ableiten.¹¹ Durch diese Eigenschaft entlasten zentrale Einstellungen die begrenzte kognitive Auffassungsfähigkeit des Menschen und erleichtern die Orientierung in einer komplexen Umwelt (vgl. Kinder/Sears 1985; Eagly/Chaiken 1993: 145–154; Juhász 1996: 21–36). Zum Beispiel sollte jemand, der einem sozialistischen Weltbild nahe steht, seine Einstellung zur Rolle des Staates in der Wirtschaft von generellen sozialistischen Prinzipien ableiten und eine starke Position des Staates fordern.

Zwei zentrale Einstellungen von Relevanz für die Konsolidierung einer liberalen Demokratie sind die Zuweisung von sozialer Verantwortung an den Staat und die Bedeutung von bürgerlichen Freiheiten. Als dritter Indikator für die Sozialisationshypothese wird die Links-Rechts-Selbsteinstufung in die Analyse eingeführt. Von der Links-Rechts-Dimension wird vermutet, dass sie ein übergreifendes kognitives Schema darstellt, anhand dessen Individuen politische Informationen organisieren und Informationen eine Bedeutung verliehen wird (Jennings 1992; vgl. allgemein Klingemann 1979; Conover/Feldman 1981).

Oftmals werden von Länderspezialisten die Besonderheiten jedes einzelnen Transformationslandes hervorgehoben, insbesondere werden die nationale Geschichte, unterschiedliche Transformationspfade sowie der unterschiedliche Stand der Transformation, der unterschiedliche ökonomische Entwicklungsstand und die Besonderheiten der politischen Kultur betont, respektive der Mangel einer Zivilgesellschaft beklagt. Die vergleichende Analyse schärft dagegen den Blick dafür, welche strukturellen Gemeinsamkeiten es zwischen den Einstellungen der Bevölkerung in verschiedenen Ländern trotz der Besonderheiten eines jeden Landes gibt. Wie die vorliegenden Analysen zeigen, sind es die Zuschreibung von sozialer Verantwortung an den Staat, die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Dimension, die Veränderung des sozialen Status der eigenen Familie, die Zufriedenheit mit der Gewährleis-

¹¹ Da für die Analyse keine Paneldaten zur Verfügung stehen, wird diese Eigenschaft von den ausgewählten Indikatoren theoretisch angenommen, obwohl sie empirisch nicht belegt werden kann.

tung von Sicherheit und Ordnung und die Einschätzung, ob bürgerliche Freiheiten bedeutsam sind, die in allen vier Ländern wesentlich über die Einstellungen zur herrschenden politischen Ordnung bestimmen. Das Gewicht der einzelnen Determinanten variiert jedoch zwischen den Ländern. Während in Polen und Tschechien Indikatoren der Sozialisationshypothese ein stärkeres Gewicht besitzen, erweisen sich in Ungarn und den Neuen Bundesländern besonders die Indikatoren der Lebenssituationshypothese als bedeutsam. Tabelle 4 gibt die Ergebnisse einer multiplen linearen Regression, getrennt nach den vier untersuchten Ländern, wieder.

Tabelle 4: Regression von Einstellungen zum Regime auf möglicher Bestimmungsfaktoren

	Tschechien	Polen	Ungarn	Neue Bundesländer
<i>Lebenssituationshypothese</i>				
<i>Finanzielle Situation</i>				
Armut	–	–.12 ^a	–	–.10 ^a
Allkauf	.13	–	.12	–
<i>Gewinner</i>				
Veränderung sozialer Status	.10	.18	.20	.24
Zufrieden	.12	–	–	.14
<i>Sicherheit gegeben</i>				
Recht und Ordnung	.06 ^a	.10	.13	.18
Soziale Sicherheit	–	–	–	–
<i>Sozialisationshypothese</i>				
<i>Verantwortung Staat</i>				
Soziale Verantwortung	–.16	–.16	–.15	–.12
<i>Wertbündel</i>				
Links-Rechts-Dimension	.37	.26	.08 ^a	.11
<i>Freiheiten</i>				
Bürgerfreiheit	.06 ^a	.12	.11 ^b	–
<i>Sozialstruktur</i>				
<i>Familienstand</i>				
Single	–	–	–	–
Verwitwet	–	–	–	–
Verheiratet	–	–	–	–
<i>(Referenzkategorie: Geschieden)</i>				
<i>Berufstatus</i>				
Arbeiter	–	–	–	–
Arbeitslose	–	–	–	–
Rentner	–	–	–	–
<i>(Referenzkategorie: Selbständige)</i>				
Ortsgröße	–	–	.12	.10
Geschlecht	–	–	–	–
Alter	–	–	–	–
R ² in Prozent	49.6	33.4	21	36.6

Quelle: Eigene Berechnung auf der Basis des SOCO-Datensatzes; beta-Koeffizienten (b) signifikant mit $p < 0,001$; a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; (–) = nicht signifikant.

7.2 Determinanten für die Beurteilung des heutigen Regimes – „It's economy stupid!“¹²

Zunächst fällt auf, dass die Einschätzung der individuellen finanziellen Situation in einem multivariaten Modell kaum mehr in einem systematischen, direkt relevanten Zusammenhang mit der Beurteilung der herrschenden politischen Ordnung steht. Lediglich in Tschechien und Ungarn ist die Einschätzung, ob man sich alles leisten kann, was man haben will (ALLKAUF b: .10/.11), und in Polen und den Neuen Bundesländern der Indikator, ob sich jemand als arm bezeichnet (ARMUT b: -.12/-.10), für die Einstellung zum heutigen Regime von einer gewissen Bedeutung. Die Koeffizienten belegen: Je besser die individuelle finanzielle Situation eingeschätzt wird, desto besser wird auch die herrschende politische Ordnung beurteilt. Allen Ländern gemeinsam ist jedoch, dass weitaus relevantere Bestimmungsfaktoren für die Einstellung zur herrschenden politischen Ordnung ermittelt werden konnten. Die in Kapitel 6 gezeigten Zusammenhänge zwischen der individuellen ökonomischen Situation und den Einstellungen zur herrschenden politischen Ordnung erweisen sich weitgehend als Scheinkorrelationen.

Substantiell bleibt dagegen in allen vier Ländern die Assoziation von Transformationserfahrungen und der herrschenden politischen Ordnung. Eine bedeutsame Determinante ist die Einschätzung der Befragten, ob sie sich als Gewinner der Transformation fühlen, gemessen daran, ob sich der soziale Status ihrer Familie gegenüber dem sozialen Status der Familie in den 1980er Jahren verbessert hat, gleichgeblieben ist oder verschlechtert hat (Lebenssituationshypothese). Die heutige politische Ordnung wird positiver beurteilt, wenn sich der soziale Status – subjektiv gesehen – verbessert hat. In Ungarn und den Neuen Bundesländern kommt diesem Faktor, relativ gesehen, sogar die größte Bedeutung bei der Beurteilung des Regimes durch die Bevölkerung zu (b: .20/.24). Dieser Zusammenhang könnte im Vergleichsmaßstab begründet liegen, den die Menschen in Ungarn und den Neuen Bundesländern anlegen. Im Vergleich mit den anderen Staaten des sowjetischen Einflussbereichs war die wirtschaftliche Situation in Ungarn vor 1989 durch ein hohes Wohlstandsniveau und eine liberale Wirtschaftspolitik der kommunistischen Regierung geprägt. Durch den Systemwechsel haben die Ungarn tatsächlich viel von diesem bescheidenen Wohlstand verloren und sich im Vergleich zu der Bevölkerung anderer Länder des ehemaligen Ostblocks verschlechtert. Auch in den Neuen Bundesländern dürfte die Wahrnehmung eines geringeren sozialen Status im Wesentlichen auf dem Vergleich mit anderen beruhen. Allerdings ist der Blick der Menschen in den Neuen Bundesländern nicht nach Osten gerichtet, sondern nach Westen. Im Vergleich zu der Bevölkerung in den alten Bundesländern sehen sich die Menschen immer noch als „Bürger zweiter Klasse“ (vgl. Walz/Brunner 1997; Pollack/Pickel 1998). Die Einschätzung, ob die öffentliche Sicherheit und Ordnung gewährleistet ist, ist eine zweite Determinante, die für die Gültigkeit der Lebenssituationshypothese spricht. Je besser die Sicherheitslage beurteilt wird, desto besser wird auch die herrschende politische Ordnung beurteilt. Gleichwohl stellt dieser Befund keine Besonderheit Mittel- und Osteuropas, geschweige denn eines Landes dar, sondern würde auch in anderen Ländern des europäischen Kulturkreises so dokumentiert werden können. Die Herstellung von öffentlicher

12 In Anlehnung an ein Ergebnis von Walz/Brunner (1997).

Sicherheit und Ordnung gilt in modernisierten Ländern als eine zentrale Aufgabe des Staates, die in Krisenzeiten sehr wichtig, aber schwer zu erfüllen ist.

Von der Links-Rechts-Selbsteinstufung und der Zuschreibung von sozialer Verantwortung an den Staat kann dagegen vermutet werden, dass es sich hierbei um langfristig wirksame, relativ stabile Einstellungen handelt. Insbesondere die Zuschreibung von sozialer Verantwortung an den Staat kann als Indikator dafür gelten, in welchem Maß sozialistische Vorstellungen von der Fürsorge durch den Staat heute noch in der Bevölkerung vorherrschen (Sozialisationshypothese). Aufgrund der Betonung von sozialer Gleichheit als einem Ausdruck der sozialen Verantwortung des Staates in der sozialistischen Ideologie,¹³ die von den 40 Jahre lang in Mittel- und Osteuropa regierenden kommunistischen Parteien vertreten wurde, ist zu vermuten, dass in weiten Teilen der Bevölkerung eine enge Beziehung zwischen ihren Einstellungen zur herrschenden politischen Ordnung und der Zuschreibung von sozialer Verantwortung an den Staat hergestellt wird. In allen vier Ländern wurden die zu erwartenden Zusammenhänge ermittelt: Je stärker jemand die Verantwortung für soziale Fragen beim Staat sieht, desto schlechter wird die heutige politische Ordnung im Vergleich zur sozialistischen Ordnung beurteilt. (b: Ungarn –.15/Polen –.16/Tschechien –.16/Neue Bundesländer –.12). An diesem Punkt kann ebenfalls die Bedeutung einer analytischen Differenzierung zwischen zentralen Einstellungen und der Wahrnehmung der Situation demonstriert werden. Während der Einfluss der Zuschreibung von sozialer Verantwortung an den Staat in einem klaren Zusammenhang mit der Beurteilung der herrschenden politischen Ordnung steht, ist die Gewährleistung von sozialen Sicherheiten nicht relevant, was ein weiteres Indiz für die Gültigkeit der Sozialisationshypothese ist. Die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Dimension (Sozialisationshypothese) ist vor allem in Tschechien (b: .37) und Polen (b: .26) eine wichtige Determinante für die Beurteilung der herrschenden politischen Ordnung. Für alle vier Länder gilt, dass das neue Regime umso besser beurteilt wird, je rechter sich die Befragten selbst einschätzen. Dieser Zusammenhang gilt unabhängig davon, ob gerade eine eher „linksgerichtete“ oder eher „rechtsgerichtete“ Regierung das Land regiert. Die Unabhängigkeit dieses Zusammenhangs von der politischen Ausrichtung der Regierung spricht dafür, dass die Bevölkerung auch während des Systemwechsels in der Lage ist, zwischen dem politischen System allgemein und dessen Elementen zu unterscheiden, wie dies von Easton theoretisch definiert wurde. Für die Konsolidierung des politischen Systems werden daher vermutlich nicht nur die Leistungen der Eliten und positive Politikergebnisse von Bedeutung sein, sondern auch die mehrheitliche Überzeugung in der Bevölkerung, dass eine demokratische politische Ordnung generell besser geeignet ist, die Probleme der Gesellschaft zu lösen, als ein alternativer politischer Ordnungsentwurf.

Zudem stehen in drei der vier untersuchten Länder Einstellungen zur herrschenden politischen Ordnung in direktem Zusammenhang mit der Einschätzung, ob bürgerliche Freiheiten wichtig sind (Sozialisationshypothese). Je bedeutsamer bürgerliche Freiheiten für die Befragten sind, desto besser wird auch die herrschende politische Ordnung beurteilt. Während dieser Zusammenhang in Polen (b: .12) und Ungarn (b: .11) besonders ausgeprägt ist,

13 Gleichheit wird in der sozialistischen Ideologie nicht im Sinne von Chancengleichheit verstanden, sondern als Ergebnisgleichheit. Dieses Verständnis steht in einem Gegensatz zum Konkurrenzgedanken, der eine Grundlage für marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnungen ist (vgl. Singelis u.a.: 1995).

tritt er in Tschechien ($b: .06$) nicht besonders hervor und ist in den Neuen Bundesländern nicht signifikant. Eine pessimistische Schlussfolgerung aus diesen Daten lautet, dass bürgerliche Freiheiten in Tschechien und den Neuen Bundesländern für die Beurteilung der politischen Ordnung generell irrelevant sind. In diesem Fall könnten die politischen Eliten und die jeweilige Regierung eines Landes bürgerliche Freiheiten missachten, ohne Sanktionen der Bevölkerung fürchten zu müssen. Aus den Daten kann aber auch die optimistische Folgerung gezogen werden, dass bürgerliche Freiheiten in Tschechien und den Neuen Bundesländern vollkommen gewährleistet sind und deshalb für die politische Diskussion keine Relevanz besitzen. Nach dieser Interpretation hätten bürgerliche Freiheiten den Status von *Valenzissues* (Butler/Stokes 1974; Stokes 1963) erreicht, würden nicht mehr prinzipiell in Frage gestellt und als integraler Bestandteil der Gesellschaft betrachtet werden. Erst eine Verletzung der bürgerlichen Freiheitsrechte würde die Einstellung der Bevölkerung zum Regime wieder beeinflussen können. Für diese Interpretation spricht, dass in allen vier Ländern eine deutliche Minderheit der Befragten und sogar nur 20 Prozent der befragten Ostdeutschen bürgerliche Freiheiten für unwichtig halten.

8. *Lebenssituationshypothese versus Sozialisationshypothese*

Anhand der bisher dargestellten Zusammenhänge und empirischen Befunde ist noch nicht zu folgern, ob es Wechselbeziehungen zwischen situativen Faktoren und über die Sozialisation erworbenen zentralen Einstellungen gibt und welche der beiden Dimensionen die Einstellungen zur herrschenden politischen Ordnung stärker bestimmen. Zumindest gibt es Hinweise darauf, dass die sozialistische Vergangenheit nicht ohne Wirkung auf die aktuellen Vorstellungen der Menschen geblieben ist. Andererseits sind aber auch situative Faktoren nicht ohne Einfluss auf politische Einstellungen. Ob positive Erfahrungen mit der Transformation dazu beitragen können, zentrale realsozialistische Einstellungen zu verändern und deren Einfluss auf die Bewertung der Transformation zu marginalisieren oder ob sie diese zentralen Einstellungen nur überlagern, kann mit Querschnittsdaten nicht untersucht werden. Auf Ersteres gründet sich jedenfalls die implizite Hoffnung derjenigen, die eine Stabilisierung der Demokratie über eine positive ökonomische Entwicklung befürworten. Der Zusammenhang von zentralen Einstellungen mit den Transformationserfahrungen wird anhand zweier Indikatoren näher untersucht, die im vorhergehenden Abschnitt als wesentliche Bestimmungsfaktoren identifiziert wurden. Hat die Sozialisation (gemessen anhand der Zuschreibung von sozialer Verantwortung an den Staat) keinen Effekt auf Einstellungen zur herrschenden politischen Ordnung, wenn die jeweilige Lebenssituation (gemessen anhand der Einschätzung der Veränderung des sozialen Status seit den 1980er Jahren) konstant gehalten wird, kann die Sozialisationshypothese zurückgewiesen werden. Nur falls die Sozialisationshypothese zurückgewiesen werden kann, wird das Handeln der politischen Eliten im Transformationsalltag sowie eine positive wirtschaftliche Entwicklung ohne die Wechselwirkung mit den Einstellungen und Erfahrungen der Vergangenheit zur Konsolidierung des neuen politischen Systems beitragen können. Nur dann gilt uneingeschränkt der Satz „policy does matter“.

In Tabelle 5 sind die Mittelwerte (Wertebereich 0 bis 1) der Einstellungen zur herrschenden politischen Ordnung dargestellt. Neben der Gesamtbewertung, die vor allem in Tsche-

Table 5: Mittelwertvergleich der Einstellung zur herrschenden politischen Ordnung nach Gewinnern und Verlierern und der Zuschreibung von sozialer Verantwortung an den Staat

Land:	Tschechien	Polen	Ungarn	Neue Bundesländer
Gesamt:	.62	.49	.39	.61
Verlierer	.48	.38	.33	.43
Verantwortung gering	.78	.56	.40	.58
Verantwortung eher	.55	.44	.40	.50
Verantwortung voll	.38	.34	.28	.40
Keine Änderung	.64	.55	.43	.63
Verantwortung gering	.81	.70	.63	.79
Verantwortung eher	.69	.59	.47	.67
Verantwortung voll	.53	.49	.39	.61
Gewinner	.75	.66	.53	.73
Verantwortung gering	.88	.88	.58	.83
Verantwortung eher	.75	.70	.58	.80
Verantwortung voll	.68	.55	.47	.69

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des SOCO-Datensatzes. Die abhängige Variable kann Werte zwischen 0 (früher war es viel besser) bis 1 (heute ist es viel besser) annehmen. Zur besseren Darstellung wurden die unabhängigen Variablen gruppiert.

chien (.62) und den Neuen Bundesländern (.61) positiv ausfällt, werden in einem Baumdiagramm zwölf Untergruppen der Befragten jedes Landes abgebildet. Zunächst sind in drei Untergruppen die Einstellungen abgetragen, wie sie sich im Durchschnitt bei Gewinnern, Verlierern und Befragten finden, die glauben, ihr sozialer Status habe sich durch die Transformation nicht verändert. Die bereits beschriebenen Zusammenhänge sind erneut nachweisbar: Gewinner beurteilen die herrschende politische Ordnung am besten, diejenigen, die keine Veränderung ihres sozialen Status erfahren haben, nehmen eine mittlere Position ein und Verlierer beurteilen das Regime im Durchschnitt deutlich am schlechtesten. In diesen drei Untergruppen werden die Befragten weiter unterschieden, ob sie dem Staat eine soziale Verantwortung zuweisen (geringe Verantwortung, eher verantwortlich und volle Verantwortung, d.h. neun Untergruppen). Falls die Zuweisung von sozialer Verantwortung an den Staat für Einstellungen zur herrschenden politischen Ordnung ohne Bedeutung ist, sollten die Mittelwerte in diesen neun Untergruppen etwa gleich sein.

In den Gruppen der Bevölkerung, die ihre Erfahrungen mit der Transformation in derselben Weise beurteilen, behält der ansozialisierte Einflussfaktor jedoch seinen Effekt auf die Einstellungen zur herrschenden politischen Ordnung. Beispielhaft lässt sich für Tschechien zeigen, dass diejenigen, die sich als Gewinner der Transformation sehen und dem Staat eine geringe Verantwortung in sozialen Fragen zuweisen, die herrschende politische Ordnung deutlich besser (.88) beurteilen, als diejenigen, die sich als Gewinner der Transformation sehen und dem Staat die volle Verantwortung in sozialen Fragen zuweisen (.68). Dieses Muster lässt sich auf alle Untergruppen in allen vier untersuchten Länder konsistent übertragen. Für den Versuch der politischen Eliten, das politische System über Wohlfahrtsgewinne zu konsolidieren, bedeuten diese Zusammenhänge eine deutliche Restriktion, weil selbst Gruppen in der Bevölkerung, die über positive Erfahrungen mit der Transformation verfügen, für eine Bewertung der herrschenden politischen Ordnung auf zentrale Einstellungen

zurückgreifen. Vermutlich unter dem sozialistischen Regime erworbene Wertorientierungen determinieren Einstellungen zur herrschenden politischen Ordnung auch dann, wenn die Transformation persönlich erfolgreich bewältigt wurde. Andererseits deuten die Differenzen zwischen den Gewinnern und Verlierern im Niveau darauf hin (z.B. Polen Verlierer/geringe Verantwortung .56; Polen Gewinner/geringe Verantwortung .88), dass auch die Erfahrungen in der Transformation eine wichtige Einflussgröße für die Bewertung der herrschenden politischen Ordnung darstellen.

Der Mittelwertvergleich legt daher eine Interpretation der Beziehung zwischen zentralen Einstellungen und Erfahrungen nahe, die eine Aussage *entweder Sozialisationshypothese oder Lebenssituationshypothese* als empirisch nicht haltbar erscheinen lässt. Beide Hypothesen scheinen eher kompatibel zu sein und zwei Seiten einer Medaille zu beleuchten, die erst gemeinsam einen Wert haben. Auf der Basis des Mittelwertvergleichs lässt sich folgern, dass die politischen Eliten in den Transformationsländern mit dem ideellen und kulturellen Erbe des Sozialismus rechnen müssen. Eine Gesellschaftsordnung, die langfristig auf die Unterstützung durch die Bevölkerung Wert legt, darf nicht nur auf ökonomische Prosperität setzen, sondern muss auch die intellektuelle Auseinandersetzung mit den ideellen Zielen der vergangenen Gesellschaftsordnung suchen. Diese Auseinandersetzung sollte über den Termin der nächsten Parlamentswahl hinausgehen, aber nicht auf der Ebene von zu abstrakten Prinzipien ansetzen (zur Demokratie als der besten Herrschaftsform können alle ihre Zustimmung geben, eine Demokratie mit starken direktdemokratischen Elementen oder staatlicher Einflussnahme wäre dagegen deutlich stärker umstritten), und den Souverän als wesentliche politische Kraft ernst nehmen.

9. Fazit

Mit der Untersuchung von Einstellungen zur herrschenden politischen Ordnung in vier ostmitteleuropäischen Ländern wurden in diesem Beitrag der Grad der Unterstützung erfasst, Determinanten für die Einstellungen zum Regime identifiziert und mögliche Auswirkungen auf die Konsolidierung der Demokratie näher beschrieben. Obwohl die neue politische Ordnung in allen untersuchten Ländern von weiten Teilen der Bevölkerung positiv beurteilt wird und nur in Ungarn eine Mehrheit das alte sozialistische Regime besser beurteilt, lassen die Umfragedaten aus dem Jahr 1995 gewisse Zweifel an der Krisenresistenz der neuen Regime in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas zu. Der große Anteil derjenigen, die sich als Verlierer der Transformation betrachten, in Kombination mit der Reaktivierung überkommener Einstellungen, scheint den Fortbestand der Regime durch eine Unterstützung um ihrer selbst willen noch nicht zu garantieren und deshalb scheint eine Resistenz der politischen Systeme gegen existenzgefährdende Krisen nicht gewährleistet. Die empirischen Ergebnisse sprechen eher dagegen, dass die neuen politischen Systeme als konsolidiert gelten können.

Es wurde gezeigt, dass die herrschende politische Ordnung umso positiver bewertet wird, je weniger Verantwortung dem Staat für soziale Fragen zugewiesen wird, je weiter rechts sich die Befragten selbst auf der Links-Rechts-Dimension einstufen, je besser die öffentliche Sicherheit und Ordnung gewährleistet wird, je größere Bedeutung bürgerliche Freiheiten haben und je mehr sich die Befragten als Gewinner der Transformation sehen. Es ist nicht au-

ßergewöhnlich, diese fünf Faktoren bei der Analyse von Bevölkerungseinstellungen als wesentliche Determinanten für politische Einstellungen zu identifizieren, und vermutlich bestimmen sie in allen modernen Gesellschaften über Einstellungen zur herrschenden politischen Ordnung mit. Die Verteilungen der Bevölkerungseinstellungen in den untersuchten Ländern weisen jedoch auf Defizite bei der Unterstützung für die gegebene institutionelle Struktur hin (Jacobs 1999: 36–43). Insbesondere die hohe Erwartung aller Bevölkerungsgruppen an die soziale Verantwortung des Staates bedeutet eine Diskrepanz zwischen den Vorstellungen in der Bevölkerung und den institutionellen Arrangements, wie sie eine Marktwirtschaft ohne Attribute erfordern würde. Zumindest in diesem Punkt wird eher ein Modell der Demokratie befürwortet, das Fuchs als „Modell des demokratischen Sozialismus“ (1996: 10) bezeichnet hat. Unabhängig von der Veränderung der eigenen Position in der Transformation wird in allen vier Ländern die Verantwortung des Staates in sozialen Fragen stärker betont, als es in den verschiedenen liberalen, marktwirtschaftlich geprägten Gesellschaften Westeuropas bisher bekannt war. Bis zu welchem Ausmaß dieser Kollektivismus mit einer marktwirtschaftlichen Grundordnung, individueller Verantwortung und den Funktionsbedingungen einer kompetitiven Demokratie vereinbar ist oder Auswirkungen auf das Verhalten der politischen Eliten hat, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden.

Ein Vergleich zwischen der Verhaltenswirksamkeit von Lebenssituationshypothese und Sozialisationshypothese fällt ambivalent aus. Keine der beiden Alternativen ist zu verwerfen, die empirischen Ergebnisse deuten eher auf eine Ergänzung dieser beiden Elemente hin. Das Erbe der sozialistischen Vergangenheit wird aber für die Gestaltung des Gemeinwesens höchst bedeutsam, wenn selbst in Bevölkerungsgruppen, die ökonomisch von der Transformation profitieren, ansozialisierte Einstellungen die Haltung zum neuen Regime bestimmen. Aus dieser Argumentation erwächst dem Generationenwechsel eine wesentliche Bedeutung für den Abschluss der Konsolidierungsphase in Mittel- und Osteuropa. Nur wenn der nachwachsenden Generation vermittelt werden kann, dass gesellschaftliche Probleme am besten nach den Spielregeln der Demokratie gelöst werden, ist mit einer Stabilisierung auf Dauer zu rechnen. In welchem Maße das bereits gelungen ist, muss ebenfalls Gegenstand weiterer Untersuchungen sein.

Für die Konsolidierung der Bürgerkulturen in Mittel- und Osteuropa wird in nächster Zukunft von besonderer Bedeutung sein, ob die Befürworter einer pluralistischen Demokratie das Vertrauen der Bevölkerung verloren haben und sich daher weite Teile denjenigen politischen Gruppen zuwenden, die in den Augen der Bevölkerung nicht diskreditiert sind. Verstehen es etwa rechtsextreme Parteien, die Hoffnung auf eine Verbesserung der Lebenssituation mit vorherrschenden, überkommenen zentralen Einstellungen (Fürsorgefunktion des Staates) einer breiten Bevölkerung zu vermitteln, sind Dekonsolidierungsprozesse der Demokratie nicht ausgeschlossen. Wahlerfolge nationalistischer Gruppen in Ungarn und in den Neuen Bundesländern könnten in diese Richtung interpretiert werden. Die vorgestellten Ergebnisse und auch Analysen mit neueren Daten deuten jedoch nicht auf einen bevorstehenden Kollaps der demokratischen Systeme in Mittel- und Osteuropa hin.

Literaturverzeichnis

- Almond, Gabriel/Verba, Sidney*, 1963: *The Civic Culture – Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton.
- Almond, Gabriel/Verba, Sidney* (Hrsg.), 1980: *The Civic Culture Revisited*, Boston u.a.
- Arzheimer, Kai/Klein, Markus*, 1997: Die friedliche und die stille Revolution, in: *Gabriel, Oskar W.* (Hrsg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*, Opladen, 37–60.
- Balcerowicz, Leszek*, 1995: *Socialism, Capitalism, Transformation*, Budapest u.a.
- Butler, David/Stokes, Donald E.*, 1974: *Political Change in Britain*, 2. Auflage, London.
- Coleman, James S.*, 1972: Modernization – Political Aspects, in *International Encyclopedia of the Social Sciences*, Vol. 10, 2. Auflage, New York/London, 396–402.
- Conover, Pamela Johnston/Feldman, Stanley*, 1981: The Origins and Meaning of Liberal/Conservative Self-Identifications, in: *American Journal of Political Science* 25, 616–645.
- Converse, Philip E.*, 1964: The Nature of Belief Systems in Mass Publics, in: *Apter, David E.* (Hrsg.), *Ideology and Discontent*, New York, 206–216.
- Diamond, Larry*, 1992: Economic Development and Democracy Reconsidered, in: *American Behavioral Scientist* 35, 450–486.
- Diamond, Larry*, 1999: *Developing Democracy Toward Consolidation*, Baltimore/London.
- Eagly, Alice H./Chaiken, Shelly*, 1993: *The Psychology of Attitudes*, Fort Worth u.a.
- Easton, David*, 1975: A Re-Assessment of the Concept of Political Support, in: *British Journal of Political Science* 5, 453–457.
- Easton, David*, 1979: *A Systems Analysis of Political Life*, New York u.a. (überarbeitete Auflage).
- Evans, Geoffrey/Whitefield, Stephen*, 1995: The Politics and Economics of Democratic Commitment: Support for Democracy in Transition Societies, in: *British Journal of Political Science* 25, 485–514.
- Fuchs, Dieter*, 1987: Trends politischer Unterstützung in der Bundesrepublik, in: *Berg-Schlösser, Dirk/Schissler, Jakob* (Hrsg.), *Politische Kultur in Deutschland*, PVS-Sonderheft 18, Opladen, 357–377.
- Fuchs, Dieter*, 1996: Wohin geht der Wandel der demokratischen Institutionen in Deutschland? Die Entwicklung der Demokratievorstellungen der Deutschen seit ihrer Vereinigung, Discussion Paper FS III 96–207, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
- Fuchs, Dieter*, 1997: Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland, in: *Gabriel, Oskar W.* (Hrsg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*, Opladen, 81–114.
- Fuchs, Dieter*, 1998: The Political Culture of Unified Germany, Discussion Paper FS III 98–105, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
- Fukuyama, Francis*, 1989: The End of History?, in: *National Interest*, 3–18.
- Huntington, Samuel P.*, 1991: *The Third Wave, Democratization in the Late 20th Century*, Norman.
- Inglehart, Ronald*, 1989: *Kultureller Umbruch – Wertwandel in der westlichen Welt*, Frankfurt a.M. u.a.
- Inglehart, Ronald*, 1997: *Modernization and Postmodernization – Cultural, Economic, and Political Change in 43 Societies*, Princeton.
- Ipsos, Szonda*, o.J.: *SOCO Project Phase B – Documentation Fieldwork and Financial Report*, Institut für die Wissenschaft vom Menschen, Wien.
- Jacobs, Jörg*, 1997: Die Beurteilung der politischen und ökonomischen Performanz als Basis zur Legitimierung politischer Systeme: Wertorientierungen und Erfahrungen in Mittel- und Osteuropa im Wechselspiel, Vortrag auf dem 2. Workshop des Frankfurter Instituts für Transformationsstudien am 10./11.04.1997 in Frankfurt (Oder).
- Jacobs, Jörg*, 1999: Einstellungen zur herrschenden politischen Ordnung: Lebenssituation und zentrale Einstellungen als Determinanten in den Neuen Bundesländern, Polen, Tschechien und Ungarn, in: *FIT Arbeitsberichte – Discussion Paper Nr. 15/99*.

- Jennings, Kent M., 1992: Ideological Thinking among Mass Publics and Political Elites, in: *Public Opinion Quarterly* 56, 419–441.
- Juhász, Zoltán, 1996: Außenpolitische Denkbilder – Eine empirische Untersuchung außenpolitischer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung nach der Wiedervereinigung, Hamburg.
- Kinder, Donald R./Sears, David O., 1985: Public Opinion and Political Action, in: *Gardner, Lindzey/Aranson, Elliot* (Hrsg.), *Handbook of Social Psychology Volume II – Special Fields and Applications*, New York, 659–741.
- Klingemann, Hans-Dieter, 1979: Ideological Conceptualization and Political Action, in: *Barnes, Samuel/Kaase, Max* (Hrsg.), *Political Action: Mass Participation in five Western Democracies*, Beverly Hills, 279–304.
- Kovács, András, 1998: Voting For and Voting Against: Electoral Behavior and Political Culture in Post-Communist Hungary, paper presented at the FIT-conference „Postcommunist Transformation and the Social Sciences: Cross-Disciplinary Approaches“, 30–31 October, Berlin.
- Linz, Juan J., 1990: Transitions to Democracy, in: *Washington Quarterly* 13, 143–163.
- Linz, Juan J./Stepan, Alfred, 1996a: Towards Consolidated Democracies, in: *Journal of Democracy* 7(2), 14–33.
- Linz, Juan J./Stepan, Alfred, 1996b: Problems of Democratic Transition and Consolidation – Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe, Baltimore/London.
- Lipset, Seymour M., 1966: *Political Man*, 4. Auflage, London.
- Machiavelli, Niccolo, 1986: *Der Fürst*, Stuttgart [zuerst 1532].
- Mateju, Petr, 1996: Winners and Losers in the Post-Communist Transformation: the Czech Republic in Comparative Perspective, in: *Innovation* 9, 371–389.
- Merkel, Wolfgang, 1996: Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften, in: *Beyme, Klaus von/Offe, Claus* (Hrsg.), *Politische Theorien in der Ära der Transformation*, PVS-Sonderheft 26, Opladen, 30–58.
- Merkel, Wolfgang, 1999: *Systemtransformation*, Opladen.
- Meyer, Gerd, 1997: „Zwischen Haben und Sein“ – Psychische Aspekte des Transformationsprozesses in postkommunistischen Gesellschaften, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 5, 17–28.
- Miller, Arthur H./Hesli, Vicki L./Reisinger, William M., 1995: Comparing Citizen and Elite Belief Systems in Post-Soviet Russia and Ukraine, in: *Public Opinion Quarterly* 59, 1–40.
- Mishler, William/Rose, Richard, 1993: Trajectories of Fear and Hope: The Dynamics of Support for Democracy in Eastern Europe, Glasgow: *Strathclyde Studies in Public Policy*, No. 214.
- Pickel, Gert, 1997: Tendenzen der Demokratisierung und politischen Unterstützung in Osteuropa. Makrosoziologische Überlegungen zu Demokratisierung und politischer Kultur in Osteuropa, in: *Pickel, Gert/Pickel, Susannel/Jacobs, Jörg* (Hrsg.), *Demokratie – Entwicklungsformen und Erscheinungsbilder im interkulturellen Vergleich*, Frankfurt (Oder) u.a., 109–132.
- Plasser, Fritz/Ullram, Peter A./Waldrauch, Harald, 1997: *Politischer Kulturwandel in Ost-Mitteleuropa – Theorie und Empirie demokratischer Konsolidierung*, Opladen.
- Pollack, Detlef, 1996: Sozialstruktureller Wandel, Institutionentransfer und die Langsamkeit der Individuen. Untersuchungen zu den ostdeutschen Transformationsprozessen in der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie und der Sozialen Welt*, in: *Soziologische Revue* 19, 412–429.
- Pollack, Detlef, 1997: Das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung – Der Wandel der Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in Ostdeutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B13, 3–14.
- Pollack, Detlef, 1998: Ostdeutsche Identität – ein multidimensionales Phänomen, in: *Meulemann, Heiner* (Hrsg.), *Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland – Erklärungsansätze der Umfrageforschung*, Opladen, 301–318.
- Pollack, Detlef/Pickel, Gert, 1998: Die ostdeutsche Identität – Erbe des DDR-Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung? – Die Einstellung der Ostdeutschen zu sozialer Ungleichheit und Demokratie, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B41–42, 9–23.

- Reißig, Rolf*, 1998: Transformationsforschung: Gewinne, Desiderate und Perspektive, in: Politische Vierteljahresschrift 39, 301–328.
- Rokeach, Milton*, 1973: The Nature of Human Values, New York.
- Rose, Amanda*, 1997: The Patient Public in New Democracies: Modeling the „Honeymoon“ in Polish Politics, paper vorbereitet für die Jahrestagung der American Political Science Association, Washington D.C., August 27–31 1997.
- Rose, Amanda*, 1999: Extraordinary Politics in the Polish Transition, in: Communist and Postcommunist Studies 32, 195–210.
- Rose, Richard/Haerpfer, Christian*, 1992: New Democracies Between State and Market, Glasgow: Strathclyde Studies in Public Policy, No. 204.
- Rose, Richard/Haerpfer, Christian*, 1995: New Democracies Barometer III: Learning from what is happening, Glasgow: Strathclyde Studies in Public Policy, No. 230.
- Rose, Richard/Mishler, William/Haerpfer, Christian*, 1998: Democracy and its Alternatives – Understanding Post-Communist Societies, Baltimore.
- Singelis, Theodore M. u.a.*, 1995: Horizontal and Vertical Dimensions of Individualism and Collectivism: A Theoretical and Measurement Refinement, in: Cross-Cultural Research 29, 240–275.
- Spéder, Zolt/Schultz, Annett/Habich, Roland*, 1997: Soziale Ungleichheit in der ostmitteleuropäischen Transformation, in: Glatzer, Wolfgang/Kleinhenz, Gerhard (Hrsg.), Wohlstand für alle?, Opladen, 335–408.
- Stokes, Donald E.*, 1963: Spatial Models of Party Competition, in: American Political Science Review 57, 368–377.
- Walz, Dieter/Brunner, Wolfram*, 1997: Das Sein bestimmt das Bewußtsein – Oder: Warum sich die Ostdeutschen als Bürger 2. Klasse fühlen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 51, 13–19.
- Weil, Frederick D.*, 1993: The Development of Democratic Attitudes in Eastern and Western Germany in a Comparative Perspective, in: Weil, Frederick D. (Hrsg.), Research on Democracy and Society, Vol. 1, Democratization in Eastern and Western Europe, Greenwich, 195–225.
- Weil, Frederick D.*, 1999: Diffusion, Nostalgia, and Performance: Democratic Legitimation in Unified Germany, in: <http://soc.lsu.edu/workingpapers/weil-diffusion.pdf>.
- Westle, Bettina*, 1989: Politische Legitimität – Theorien, Konzepte, empirische Befunde, Baden-Baden.
- Westle, Bettina*, 1994: Demokratie und Sozialismus. Politische Ordnungsvorstellungen im vereinten Deutschland zwischen Ideologie, Protest und Nostalgie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 46, 571–596.
- Zapf, Wolfgang*, 1996: Modernisierungstheorien in der Transformationsforschung, in: Beyme, Klaus von/Offe, Claus (Hrsg.), Politische Theorien in der Ära der Transformation, PVS-Sonderheft 26, Opladen, 169–181.
- Zelle, Carsten*, 1998: Soziale und liberale Wertorientierungen: Versuch einer situativen Erklärung der Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B41–42, 24–36.
- Zelle, Carsten*, 1999: Socialist Heritage or Current Unemployment: Why Do the Evaluations of Democracy and Socialism Differ Between East and West Germans?, in: German Politics 8, 1–20.

*Anhang A:
Formulierung der verwendeten items und Skalenbildung*

Beurteilung der herrschenden politischen Ordnung (REGIME)

Considering everything, would you say that the present regime is better or worse than the system before 1989? (5-stufige Skala). Standardisierung des Wertebereich zwischen +1 heutiges Regime ist viel besser und –1 heutiges Regime ist viel schlechter.

Objektive finanzielle Situation

Haushalt in Armut (ARMUT)

There is much talk now in our country about poverty. Do you consider your household to be poor? (3-stufige Skala). Standardisierung des Wertebereichs zwischen 0 nicht arm und 1 arm.

Keine finanziellen Engpässe im abgelaufenen Jahr (ALLKAUF)

Was the sum of the net income sufficient to get along, to cover the needs which are customary? (5-stufige Antwortskala). Standardisierung des Wertebereichs zwischen 0 nicht ausreichend und 1 vollkommen ausreichend.

Gewinner und Verlierer

Sozialer Status der Familie (STATUS)

Imagine a 7 graded ladder representing the social status, position of people in various periods. Where would you locate your family on them? (80er Jahre: 7-stufige Skala; jetzt: 7-stufige Skala). Differenzindex aus beiden items, standardisiert, +1: heute viel besser, –1: 80er Jahre viel besser.

Zufriedenheit mit dem Leben allgemein (ZUFRIEDEN)

Are you, generally speaking, satisfied with your life? (7-stufige Skala). Standardisierung des Wertebereich zwischen +1 voll zufrieden und –1 Freiheit vollkommen unzufrieden.

Gewährleistung von Sicherheiten

Likert Skala RECHT/ORDNUNG durch zwei items:

Please, rate on a scale of 7 grades to what extent do you think these securities are safe at present? political situation (7-stufige Skala); public safety (7-stufige Skala). Standardisierung des Wertebereich zwischen +1 Sicherheit voll gewährleistet und –1 Sicherheit nicht gewährleistet.

Likert Skala SOZIALE SICHERHEIT durch drei items:

Please, rate on a scale of 7 grades to what extent do you think these securities are safe at present? your family relations (7-stufige Skala); health care (7-stufige Skala); housing (7-stufige Skala). Standardisierung des Wertebereich zwischen +1 Sicherheit voll gewährleistet und –1 Sicherheit nicht gewährleistet.

Links-Rechts-Selbsteinstufung (LINKS-RECHTS)

There is much talk about political left and right. Where would you locate yourself? (7-stufige Skala). Standardisierung des Wertebereich zwischen +1 Rechts und –1 Links.

Verantwortung des Staates

Likert Skala SOZIALE VERANTWORTUNG durch drei items:

To what extent should the state be responsible for some problems? health care (5-stufige Skala), decent pensions (5-stufige Skala), availability of jobs (5-stufige Skala). Standardisierung des Wertebereich zwischen +1 volle Verantwortung des Staates und –1 keine Verantwortung des Staates.

Bedeutung von Freiheiten

Likert Skala Bürgerrechte (BUERGER) durch zwei items:

Please rate on a scale of 7 grades how important are the following freedoms? freedom of founding political parties (7-stufige Skala); freedom of organisation for civil society (7-stufige Skala). Standardisierung des Wertebereich zwischen +1 Freiheit sehr wichtig und –1 Freiheit vollkommen unwichtig.